

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 15

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE RUNDSCHAU

Tilgung: 8 Milliarden in 60 Jahren

-an- Noch hat sich nicht der Bundesrat geäußert, sondern nur die Kommission, aber man wird annehmen können, dass in der Hauptsache «heraus» ist, wie man sich die Entschuldung der Eidgenossenschaft vorstellt. In den Zeitungen ist schon verschiedenes gesagt worden. Wichtig scheint uns, dass man sich allerorten klar werden müsste, was geplant ist und auf welche Weise die Pläne durchgeführt werden sollen, vor allen Dingen aber: *Welche Voraussetzungen und welche Konsequenzen dieser grossangelegte Tilgungsplan hat und haben wird.* Frage: Was ist, von allen Einzelheiten abgesehen, geplant, und zwar «rein volkswirtschaftlich geplant».

Der Bund will, um es einmal anders auszudrücken, *acht Milliarden* (ob sieben oder neun wäre nicht einmal erheblich), *in die Wirtschaft pumpen*. Er schuldet so viel, ja, und sämtliche Vorstellungen, die wir mitgebracht haben, verlangen, dass man das, was man schuldet, wieder tilgt. Also muss der Vater Bund die 11 schuldigen Milliarden zurückzahlen wie jeder anständige Schuldner. Das heisst, die Kommission erachtet, einen Schuldrest könne er auf später versparen. Die Eidgenossenschaft sei schliesslich für die nicht zur Rückzahlung einbezogenen drei oder vier Milliarden «gut», Aber acht Milliarden oder da herum sei er zu tilgen pflichtig.

Wir sagten indessen schon, dass uns volkswirtschaftlich nicht dieser sozusagen buchhalterische Aspekt des Problems interessiere, sondern die Frage, was es bedeute, wenn innert der nächsten sechzig Jahre von seiten der Eidgenossenschaft *alljährlich 400 Millionen* (in Wahrheit also viel mehr als acht Milliarden in 60 Jahren) erst kleinere Tilgungsquoten und grössere Zinssummen, später umgekehrt, der privaten Wirtschaft zur Verfügung stelle. *Diese Summen müssen irgendwo investiert werden...* «Doch sag mir, lieber Herr, wo?» So fragen wir frei nach Morgenstern.

Die Wahrheit ist die: Sie können angelegt werden, jedoch unter *einer* Voraussetzung. Nämlich unter der Voraussetzung, dass das gesamte Wirtschaftsvolumen *gewaltig wachsen wird*. Bekanntlich kann Geld nur in Sachgütern «investiert» werden, in neuen Häusern, Fabriken, verbesserten Böden und in tausend neuen oder erneuerten «Realkapitalien». Investiert kann auch werden, wenn die «Realkapitalien» sich preismässig verteuern — *wenn also Boden, Häuser, Fabriken teurer werden*. Auch dies kommt der Geldüberfülle entgegen. *Aber es bedeutet Teuerung*. Es ist uns nicht bekannt, dass es ausser diesen zwei Möglichkeiten andere gibt, um die neu zuströmenden Kapitalien, womit unsere Wirtschaft gesegnet werden wird, unterzubringen, es sei denn, es werde an eine *massive Kapitalausfuhr* gedacht.



Maurice Thorez, der Führer der französischen Kommunisten, hat General de Gaulle als «Staatsfeind Nr. 1» deklariert und Paul Ramadier, der sozialistische Ministerpräsident, hat dem Befreier Frankreichs nahegelegt, an offiziellen Feiern möglichst mit seinen persönlichen Ansichten hinter dem Berg zu halten. Sogar Léon Blum wirft de Gaulle vor, Frankreich in zwei feindliche Lager zu spalten. Was will Charles de Gaulle? Das Wohl des Vaterlandes, erklärte er; die Diktatur, schreiben die Kommunisten. Unser Bild zeigt General de Gaulle bei seiner Ansprache auf dem Schlossplatz von Strassburg, anlässlich des zweiten Jahrestages der Befreiung des Elsass. Links von ihm der amerikanische Botschafter in Paris, Jefferson Caffery und rechts, in Armeuniform, General König (Photopress)

Wir sprechen hier die Hoffnung aus, dass in unsern obersten Behörden die Notwendigkeit bekannt sei, unserer Wirtschaft die Impulse zu geben, deren sie bedarf, um diese gewaltige Verstärkung des Kapitalangebots — denn das ist's — auszuhalten.

Druck auf Moskau

Das grosse Markten in Moskau lässt deutlich erkennen, wie die Standpunkte sich nähern. Ebenso deutlich aber erkennt man auch, wer nachzugeben gezwungen wird: Die Russen. Und daraus erklärt sich wieder, weshalb sie mit einer Zähigkeit sondergleichen fechten. Es ist in den täglichen Verhandlungen *nur von deutschen und österreichischen Beiangen die Rede*, aber es wird immer klarer, dass jede diskutierte Einzelfrage in einem weltpolitischen Aspekt mündet. Und wer aufmerksam hinhorcht, dem ist nicht zweifelhaft, dass Moskau in ununterbrochenen Rückzugsgefechten steht und kaum irgendwo in der Lage sein dürfte, seinerseits einen eigenen Angriff vorzutragen.

Man könnte einwenden, *die russische Forderung, es seien «Reparationen aus der laufenden Produktion zu erheben»*, sei ja von den Amerikanern im Prinzip anerkannt worden. Dem muss man entgegenhalten, dass Amerika nur unter der Voraussetzung zugestimmt hat, Deutschland werde in stand gesetzt, zunächst mehr zu produzieren, und

dass als wichtigstes russisches Zugeständnis der Verzicht auf weitere Fabrikdemontierungen verlangt und erreicht wurde.

Auf *politischem Boden* sind die Mächte im Prinzip einig geworden, *zentrale Verwaltungsstellen einzurichten*. Auch hier ein scheinbarer Sieg des russischen Standpunktes. Doch wiederum steht diesem scheinbaren Sieg der Umstand entgegen, dass ihr Verlangen, diese zentralen Instanzen mit wirklicher Regierungsgewalt auszurüsten, nicht erfüllt wurde. Ferner, dass man bis heute nichts von einer *Mitbestimmung der demokratischen Parteien* bei der Bestellung dieser Organe gehört hat.

Dieses Mitwirken der Parteien und Gewerkschaften aber ist eine der wichtigsten Forderungen Russlands. Sie widerspricht durchwegs Amerikas und Englands Auffassung, es müsste zuerst «autoritär» und unter «Besatzungskontrolle» regiert werden, und selbst die Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung, an deren Funktionieren man das antidemokratisch gewöhnte Volk «umgewöhnen» müsste, sei durch die Siegermächte zu überwachen.

Wie kommt es aber, so fragt der verwirrte schweizerische Leser, dass die «so-wjetdiktatorisch» eingestellten Russen die Volkskontrolle verlangen und nicht die Westmächte? Das Paradoxe dieser Tatsache lautet: *Russland kämpft für ein Minimalprogramm, weil es sein Maximalprogramm,*

die Eroberung Deutschlands durch den Kommunismus, unter dem Eindruck der tatsächlichen Situation in Deutschland aufgeben musste und nun sein Heil — wie übrigens seinerzeit in Ungarn und in der befreundeten Tschechoslowakei — in einem linksdemokratisch orientierten, also russlandfreundlichen Reiche sucht. Die Westmächte aber, USA voran, wünschen diese «Volksdemokratie», in welcher beispielsweise die später einmal von Kommunisten gelenkten Gewerkschaften durch den Einfluss ihrer Organisationsmaschinerie den Ausschlag geben würden, nicht. Und so wird mit grosser Wahrscheinlichkeit der Kompromiss über die politische Organisation des Reiches damit enden, dass die Einzelstaaten des Westens mit ihren durchwegs christlich-demokratischen Mehrheiten sich «bürgerlich» entwickeln, als solche in den geplanten Bundesstaat eingebaut werden, und dass im Gesamtreich eine im Sinne dieser einzelstaatlichen Orientierung ausgearbeitete Reichsverfassung verwirklicht wird, mit deren Hilfe dann auch östlich der Elbe und der Saale der Einfluss der Linken eingedämmt werden kann.

Das Reich für den Westen

das ist das Programm, für welches General Marshall in Moskau mit aller Konsequenz fight. Man kann es auch so sagen: Russland soll systematisch auf seine eigenen Grenzen zurückgedrängt werden. Was alsdann hinter diesen Grenzen geschehen soll, gehört zu einem weitem, bisher noch nicht enthaltene Programm. Zunächst muss das erste Programm verwirklicht werden. Das Haupthindernis besteht darin, dass die Russen für die ganze Dauer der Besetzung in ihrer Zone mitregieren werden. Liessen sie sich hier eliminieren, wäre der Fall unendlich leichter zu meistern. Und auch die Möglichkeit, in dem für die deutsch-russischen Verbindungen unter russischer Kontrolle verbleibenden Polen die gewünschten anti-kommunistischen Gegenbewegungen ins Leben zu rufen, wären gegeben.

Für Ungarn und Rumänien werden die Gelegenheiten zu solchen Unternehmungen reifen, sobald der Staatsvertrag für Oesterreich ausgearbeitet und — wer weiss auf welchen Zeitpunkt, in Kraft gesetzt werden kann. In Zwischenräumen liest man da und dort in amerikanischen Publikationen davon, dass die russischen Truppen Ungarn und Rumänien räumen müssten, sobald sie nicht mehr den Vorwand hätten, die Nachschublinien für ihre Besetzung in Oesterreich sicherstellen zu müssen. Und unverblümt wird angedeutet, dass die «Volksdemokratien» an der Donau kein eigenes Rückgrat besäßen und von den demokratischen Elementen erledigt würden, sobald die Russen sie nicht mehr stützten.

Was aber Griechenland und die Türkei anlangt, so besteht die sichere Aussicht, dass sowohl der zähere Senat als das mehr gemischte Repräsentantenhaus in USA den Hilfsplänen Trumans beistimmen werden. Die Unterbreitung dieser Pläne an die UNO, welche die amerikanische Aktion decken soll, schliesst freilich einen Weltskandal als drohende Möglichkeit in sich. Die radikalen Gegner Russlands empfehlen der UNO, nö-

tigenfalls Russland «auszuklamern», falls es durch ein «Veto» verhindern möchte, dass Griechenland seine 400 Millionen Dollars erhalte; die Warnungen der Vorsichtigen, damit setze man schlechtweg die Existenz der «Vereinten Nationen» aufs Spiel, und die UNO würde sich automatisch in eine internationale antirussische Allianz verwandeln, beantworten die «Entschlossenen» mit dem Hinweis, dass es nur konsequent wäre, es so weit kommen zu lassen. Die Schuld läge allein bei Moskau, welches seine diplomatische Offensive mit unverminderter Heimtücke fortsetze.

Was Trumans Meinung betrifft, so hat er sie nie deutlicher ausgesprochen, als am Jahresbankett der Demokratischen Partei, wo er die Sätze prägte: «Wir wissen jetzt, wie das Feuer ausbricht. Wir haben sie miterlebt, die Aggression des Starken gegen den Schwachen, offen, mit bewaffneter Uebermacht, oder geheim, durch Infiltration. Wir wissen auch, wie sich das Feuer ausbreitet. Und wir kennen das Ende.»

Die Kreuzzugs idee

greift in den USA um sich. Nur ein Blinder kann dies übersehen. Freilich wird, wenigstens im heutigen Stadium, nicht von einem Angriff gegen Russland gesprochen. Einzig von der Abbremsung seiner Angriffe und von der Notwendigkeit, es in seine eigenen Zäune zurückzudrängen. Und dazu: Von der Notwendigkeit, die «Infiltration» der Welt mit kommunistischem Ideengut einzustellen.

Oft fragt man sich, woher eigentlich dieser aufgebrochene Zorn weiter Kreise in den USA stamme. Hätte man aufmerksam verfolgt, wie sich erst ein Churchill, dann nach ihm immer neue konservative Politiker, Journalisten und Schriftsteller gegen die Regierungen aussprachen, welche in gewissen Ländern die demokratischen Freiheiten unterdrückten, dann würde man bemerkt haben, wie bewusst und programmatisch die antirussische Bewegung ins Leben gerufen wurde. Die Sätze, dass der Bürger sicher sein müsse vor unvermuteter Verhaftung, dass der Schrecken vor dem Erklingen der Türglocke ein Ende nehmen müsse, dass das Verschwinden von Familienvätern, die am Morgen gesund und ahnungslos auszögen und nie wiederkämen, nicht geduldet werden dürfe — diese Sätze haben sich tief eingepägt, und auch das war jedermann klar, dass sie sich nicht nur gegen die polnische Linksregierung und ihre Polizei, nicht nur gegen Tito, Groza und die andern Chefs im Südosten richteten, sondern direkt gegen das Sowjetregime.

An all diese und ähnlich gearteten Darstellungen muss man denken, wenn man verstehen will, wo hinaus schliesslich die amerikanische Politik will. Wir dürfen ruhig glauben, dass das Weisse Haus in Washington zunächst danach trachtet, dem Krenl die «totale diplomatische Niederlage» zu bereiten, eine Niederlage, auf die Moskau solange nicht mit schärfern Mitteln antworten kann, als die USA sich im Alleinbesitz der Atomwaffen befinden. Diese totale Niederlage wird da sein, wenn 1. die «Volksdemokratien» im Südosten wieder unter der Kontrolle der Westmächte stehen und Russland hinter Pruth und Karpathen weicht, 2.

wenn die deutschen Angelegenheiten in einer Orientierung des Reiches nach Westen enden und sich der anglo-amerikanische Einfluss auch bis an die Ostgrenze Polens erstreckt.

Die Erfüllung dieses amerikanischen «Mehrjahresplans» auf dem diplomatischen Terrain würde aber darin gipfeln, dass sich bei den Sowjetvölkern die Unzufriedenheit über derartige aussenpolitische Misserfolge regen müsste, worauf es — vielleicht — zu einer wirklichen Demokratisierung auch dieses «roten Sechstels der Erde» käme.

Wenn die Russen sich äussern, begründen sie die amerikanischen Absichten mit der Angst des Kapitals vor den kommunistischen Ideen. Mit einigem Recht kann Molotow darauf hinweisen, dass seit Kriegsende eine einzige Macht sich ständig zu Rückzügen bequemt habe. Nämlich Russland. Die Reduktion der Besetzungen in Polen, Ungarn und Rumänien, die gänzliche Räumung Jugoslawiens, Bulgariens und der Tschechoslowakei sind Tatsachen.

Neuerdings hat Molotow die USA darauf aufmerksam gemacht, dass Russland vertragsgemäss die Mandschurei gänzlich geräumt habe, während die Anwesenheit amerikanischer Truppen den Bürgerkrieg in China verlängerte, und dass eigentlich einmal gesagt werden müsste, wann die Amerikaner sich gänzlich aus China zurückziehen würden. Amerika hat freilich schon vor Wochen erklärt, dass nur noch 6000 Mann Marinetruppen auf chinesischem Boden stünden, darunter die Hälfte Unbewaffnete. Molotow spielt aber auch auf das Technikerheer, auf die mit unbeschränkten Ausbeutungs- und Handelsrechten ausgestatteten Unternehmen und auf die inoffiziellen Berater an, welche nun glücklich den Sieg der Regierungstruppen über das rote China herbeigeführt haben, während die Russen nicht entfernt zu ähnlichen Hilfeleistungen an ihre Verbündeten instande waren.

Die russischen Vorwürfe treffen aber den Westen auch an andern Punkten. Zum Beispiel nimmt man Francos neue Komödie zum Anlass des Misstrauens. Im Westen wird allgemein gesagt, der Caudillo pfeife offenbar auf dem letzten Loch und habe sich darum wie einst Horthy zum «Reichsverweser» gemacht, Spanien zum Königreich erklärt und damit dem landgewachsenen Fascismus, dem «Falangismus», den Garaus gemacht.

Nach Moskauer Version bedeutet die Operette Francos etwas anderes: Die goldene Brücke, die der Diktator sich selbst gebaut, um in die Reihe der «legitimen westlichen Regimes» einzutreten. USA und England würden ihn vermutlich nun noch milder als bisher behandeln.

Die Revolution in Paraguay, welche in Buenos Aires unmissverständlich freundlich begutachtet wird, bietet ferner Anlass, zu vermuten, Perons «autoritäre Demokratie» erhalte ihren ersten Zuzug, und dem «Dollar-Imperialismus» sei nichts lieber als diese Wendung. Wo nur irgendwo eine antidemokratische Demonstration stattfindet, wittert das misstrauische Moskau das Spiel jener Kreise, die langsam die Intronisierung des künftigen, den Kreuzzug gegen Russland entfesselnden Fascismus, hinarbeiten.